

ANMERKUNGEN ZUM THEMA

Mai 2018

Von welchem "deutsche Staat" ist bei Freie Presse - Autor die Rede?



In einer Zeitungs-Ankündigung für den großartigen L. Kraume- Film "Der Staat gegen Fritz Bauer" versteigt sich der Freie Presse-Autor Wilfried Geldner am 23. Mai 2018 zu der oben zitierten heutzutage immer wiederkehrenden Klitterung. Ein kritischer Leserbrief dazu blieb unveröffentlicht.

Der "deutsche Staat" - darunter wird in diesen Kreisen einzig die BRD, die seinerzeitige Bundesrepublik Deutschland, verstanden. Mithin der Staat in dem Adenauer und seine grauen Eminenzen Globke & Co. schon zur Zeit in der der Film spielt, forderten: "Es muss nun mal Schluss sein mit der Naziriecherei"



Im anderen deutschen Staat, der Deutsche Demokratische Republik, in der die Potsdamer Beschlüsse mit allen Konsequenzen von Anfang an ganz weit oben auf der Tagesordnung standen, war ja Antifaschismus angeblich nur VERORDNET, nicht Rechtsstaatlich. Bezug zu heute? -

Und so stellte man in Chemnitz noch im Jahr 2017 eine von der BStU groß angelegten Tagung unter das süffisante Thema *Wer Nazi war, bestimmen wir / Die DDR-Diktatur und die NS Vergangenheit*. "Wer Nazi war, bestimmen wir" - ? Ja, wer denn sonst?!

Hatte Justin Sonder, der KZ- Überlebende und nun nach 45 in Chemnitz junge Polizist, kein Recht dazu, zu sagen und zu bestimmen "Wer ein Nazi war"?! Und hätte er und seine antifaschistischen Kameraden beim Wegräumen der Trümmer in Chemnitz weiße Handschuhe tragen müssen?!

(II) Das deutsche Volk muß überzeugt werden, daß es eine totale militärische Niederlage erlitten hat und daß es sich nicht der Verantwortung entziehen kann für das, was es selbst dadurch auf sich geladen hat, daß seine eigene mitleidlose Kriegführung und der fanatische Widerstand der Nazis die deutsche Wirtschaft zerstört und Chaos und Elend unvermeidlich gemacht haben.

Potsdamer Abkommen

Von manchen im Westen schnell zu den Akten geschoben oder nach eigenen Vorstellung ausgelegt.
Im Osten Eiserne Doktrin, ohne Wenn und Aber.

5. **Kriegsverbrecher** und alle diejenigen, die an der Planung oder Verwirklichung nazistischer Maßnahmen, die Greuel oder Kriegsverbrechen nach sich zogen oder als Ergebnis hatten, teilgenommen haben, sind zu verhaften und dem Gericht zu übergeben, Nazistische Parteiführer, einflußreiche Nazianhänger und die Leiter der nazistischen Ämter und Organisationen und alle anderen Personen, die für die Besetzung und ihre Ziele gefährlich sind, sind zu verhaften und zu internieren.
6. Alle Mitglieder der nazistischen Partei, welche mehr als nominell an ihrer Tätigkeit teilgenommen haben, und alle anderen Personen, die den alliierten Zielen feindlich gegenüberstehen, sind aus den öffentlichen oder halböffentlichen Ämtern und von den verantwortlichen Posten in wichtigen Privatunternehmungen zu entfernen. Diese Personen müssen durch Personen ersetzt werden, welche nach ihren politischen und moralischen Eigenschaften fähig erscheinen, an der Entwicklung wahrhaft demokratischer Einrichtungen in Deutschland mitzuwirken.

Wer hätte nach Ansicht der Veranstalter der selbstgefälligen Politshow im Staatsarchiv am 27. April 2017 das Recht gehabt, zu bestimmen, wer Nazi war? Hätten es vielleicht solche Typen wie Globke, Filbinger, Gehlen... oder die Gestapo-Mörder aus dem Kaßberg- Gefängnis sein sollen, die noch in den letzten Kriegstagen am Hutholz sieben Antifaschisten gemeuchelt haben? Und die dann im Westen "entnazifiziert" wurden.

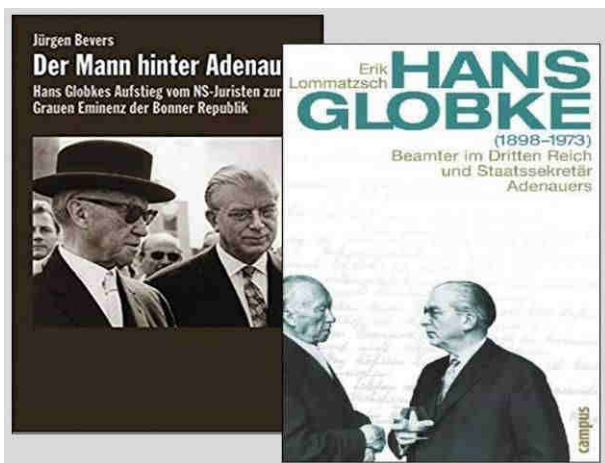
Der in der Freien Presse für den am 23. Mai angekündigten großartige Film "Der Staat gegen Fritz Bauer" von Lars Kraume zeigte wie das dort im Westen, mit den **Krupps** ging! **Hier gilt: "Die große filmische Aufarbeitung dieser Prozesse ließ dann noch einmal auf sich warten"**

Wie das im anderen deutschen Staat, der DDR, dem Land der **Krauses** lief, zeigten vordem zahlreiche Filme, Dokumentationen, Bücher. Das unerwähnte zu lassen, ist heute im Staat BRD und den herrschenden Medien an der Tagesordnung, aber eben deshalb nicht die ganze Wahrheit.



Der westdeutsche Bundesminister Theodor Blank überreicht den ehemaligen Generalen der faschistischen Wehrmacht, Adolf Heusinger und Hans Speitel, die Ernennungsurkunde zu Generalen der Bundeswehr, 12. November 1955. (Quelle: Dietz 1962)

Globke - „graue Eminenz“



Globke ist das prominenteste Beispiel für die Kontinuität der Verwaltungseliten vom „Dritten Reich“ zur frühen Bundesrepublik Deutschland. In der Adenauer-Ära war er als „graue Eminenz“ und engster Vertrauter des Kanzlers verantwortlich für Personalpolitik, Kabinettsarbeit, die Einrichtung und Kontrolle von BND und Verfassungsschutz sowie für Fragen der CDU-Parteführung.

Wie die Westdeutsche Justiz Auschwitz ahndete Friedrich Karl Kaul in Frankfurt am Main



Prof. Dr. Kaul, Vertreter der Nebenklage im Frankfurter Auschwitz-Prozess

Am 20.12.1963, begann die als (erster) »Auschwitz-Prozess« in die Geschichte eingegangene Verhandlung gegen 22 ehemalige SS-Mitglieder der Lagerwache des Konzentrationslagers Auschwitz vor dem Schwurgericht in Frankfurt am Main. Es war der größte Strafprozess der Nachkriegsgeschichte. Mit den aufgenommenen Nottaten des Rechtsanwalts Friedrich Karl Kaul, der als Nebenkläger für mehrere in der DDR ansässige Überlebende des Konzentrationslagers auftrat, erscheint die authentische Stimme eines Prozessbeteiligten, der aktiv an der Urteilsfindung mitwirkte und zugleich ein genauer Beobachter der Ereignisse vor Gericht war.

Aus dem authentischen Bericht von Rechtsanwalt Friedrich Karl Kaul

Vor Kleiderablage des Saales, der sonst die Frankfurter Stadtväter ihre Mäntel und Hüte anzuvertrauen pflegen, herrscht ein starkes Gedränge. Ein spitznasiger Mann mit mürrischem Gesicht pocht in recht unwirschem Ton darauf, dass er schon vorher da gewesen sei und deswegen ein Recht habe, seine Überkleidung zuerst abzugeben. ()*

*Mit einer halb gemurmelten Entschuldigung lasse ich ihm den Vortritt; sicherlich einer der Verteidiger, denke ich. Später, nach Beginn der Verhandlung, stelle ich zu meinem Erstaunen fest, dass der Hagere **einer der Hauptangeklagten ist.** Allerdings bildet er in dieser Beziehung keine Ausnahme. **Von den insgesamt zweiundzwanzig Angeklagten, der Teilnahme an dem im Vernichtungslager Auschwitz begangenen Morden beschuldigt, befinden sich dreizehn - die Mehrzahl - auf freiem Fuß.***

So beschwerlich scheint es also in der Bundesrepublik gar nicht zu sein, unter Mordverdacht zu stehen; Voraussetzung dafür ist allerdings, dass die Mordtaten im Konzentrationslager begangen wurden. Als das Gericht unter dem Vorsitz des Landgerichtsdirektors Hofmeyer auf der Magistrats-Estrade des Saales Platz nimmt, bietet das Halbrund des sonst den städtischen Volksvertretern vorbehaltenen Raumes ein Durcheinander von Angeklagten, uniformierten Polizisten und schwarzberobten Anwälten. Insgesamt sitzen dort, da jedem der Angeklagten zwei Pflichtverteidiger beigeordnet sind, fast an die hundert Personen.

Zunächst werden die **Personalien der Angeklagten festgestellt. So ist zum Beispiel Mulka heute Exportkaufmann, Höcker jetzt Sparkassendirektor, Stark zur Zeit Agronom-Assessor, Lucas wieder Gynäkologe und Schatz simpler Zahnarzt.**



Burghart Klaußner (l.) in der Rolle des damaligen hessischen Generalstaatsanwalt Fritz Bauer:

Wenn ich meine Kanzlei verlasse, betrete ich Feindesland.

Von welchem deutschen Staat in der FP die Rede ist - Lasst es uns nicht vergessen

Kein Lapsus des FP- Autors. - Es ist Spiegel heutiger Betrachtung deutscher Geschichte.

Mit "Der deutsche Staat", ist hier allein die Bonner Republik zu verstehen. Der Osten, die DDR? - Nicht des Erwähnens wert. Es gab ihn nicht, Peu a Peu wird daran erinnert. Die nachfolgenden Generationen mögen dieses eine Geschichtsbild verinnerlichen.

Alleinvertretungsanspruch kein Lapsus.

ARD 20.15 UHR Sehr lange hat es gedauert, bis der deutsche Staat sich des Jahrhundertverbrechens Auschwitz angenommen hat. Die große filmische Aufarbeitung dieser Prozesse ließ dann noch einmal auf sich warten. Dann aber erschienen innerhalb

Die Ankündigung in der Freie Presse vom 23. Mai 2018. In dieser Zeitung stand unter der Überschrift "Plädoyer für Menschenwürde / Schwul, Jude, Nazijäger: Lars Kraume hat mit

dem Drama »Der Staat gegen Fritz Bauer« ein hoch spannendes Porträt über den hessischen Generalstaatsanwalt gedreht. Von welchem Deutschland ist die Rede? - Ein Leserbrief zum Thema wurde nicht veröffentlicht. Dabei ist das Thema brandaktuell.

Schleppende Aufarbeitung in der BRD all zu offensichtlich



Prof. Dr. Dr. h.c. Reinhold Gläß, 2017 während seiner Festansprache



Auf die ganzen Zusammenhänge und Hintergründe ging Prof. Reinhold Gläß in einem Festvortrag zum 70. Jahrestages der VVN-BdA in Sachsen ein. Nun wurde vom Landesvorstand eine Broschüre vorgelegt, sie erscheint anlässlich des 70. Jahrestages der VVN-BdA in Sachsen, ist aber zugleich eine Erinnerung an den zurückgelegten Weg der Organisation in Ost und West. Aus der Rede wird hier ausführlich zitiert.

Vom Umgang mit deutscher Geschichte

...Zudem darf man in diesem Zusammenhang auch etwas Anderes nicht aus dem Auge verlieren: **Und wenn das an dieser Stelle zum soundsovielten Male wiederholt wird, die – gelinde gesagt – sehr schleppende Aufarbeitung des Faschismus in all seinen Spielarten in der Bundesrepublik vor und nach der Wiedervereinigung, denn auch sie bereitete zum Teil den Nährboden für die heutige Situation.** Ich will nicht unnötig polemisieren, aber dass dem Umgang mit diesem schwärzesten Kapitel der deutschen Geschichte nicht der Stellenwert eingeräumt wird, den er unabhängig von politischen oder weltanschaulichen Standpunkten der Protagonisten oder der Bewertung anderer Ereignisse übergreifend zwingend verdient, das scheint mir doch allzu offensichtlich.

In einer Festrede kann natürlich kein Platz für eine detaillierte Analyse der der Aufarbeitung der faschistischen Diktatur in Ost und West oder auch nur deren personeller Seite sein. Es ist

aber auch nicht möglich, über die Geschichte der VVN zu sprechen, ohne Aspekte der spezifischen Rahmenbedingungen ihres Wirkens zumindest anzureißen:

In den letzten Jahren sind verstärkt von Ministerien, Landtagen und weiteren Institutionen der Bundesrepublik bis hin zu Geheimdiensten Forschungen zur eigenen Geschichte in der Nazizeit in Auftrag gegeben worden, eine Tatsache, die man natürlich nur begrüßen kann. Die Ergebnisse belegen, was für uns als politisch aufgeklärte, für Naziunrecht sensibilisierte Menschen sicher nicht sehr überraschend kommt: eine jahrzehntelange Ignoranz von Schuld und Verantwortung.

Auf alle Ergebnisse kann an dieser Stelle naturgemäß nicht eingegangen werden: Exemplarisch sei lediglich noch einmal in Erinnerung gerufen, dass z. B. die westdeutsche **Justiz** ungebrochen mit faschistischen Richtern und Staatsanwälten ihre Tätigkeit aufgenommen hat, dass sogar der größere Teil der Richter des berühmten Freislerschen Volksgerichtshofes in der BRD in entsprechenden Positionen weiterarbeiten konnte und noch in den 70er Jahren des vorigen Jahrhunderts über 77% der Bediensteten des Bundesjustizministeriums frühere NSDAP-Mitglieder waren.

Aber auch eine Studie zur Sozialgerichtsbarkeit in NRW zeigt nicht nur eine personelle Kontinuität in der Besetzung der Richterstellen – z. B. war der erste Präsident des Bundessozialgerichts Altnazi, und in den Sozialgerichten dieses größten Bundeslandes waren sogar wesentlich mehr belastete Nazirichter tätig, als es das bekannte **DDR-Braunbuch** ausgewiesen hatte. Logische Konsequenz dessen war, dass gerade im Versorgungsrecht Nazi-Recht quasi fortgeschrieben und Kriegs- sowie Naziopfer in einem hohen, bisher nicht endgültig bestimmbar Maß von Versorgungsleistungen ausgeschlossen wurden.

So kam es vor allem in der antikommunistisch geprägten Adenauer-Ära zu der unsäglichen Situation, dass Verfolgte des Naziregimes erneut durch Staatsanwälte und Richter aus der faschistischen Ära politisch verfolgt und bestraft wurden.

Sicher, der im **Osten Deutschlands** durchgeführte radikale Schnitt hin zu schnell ausgebildeten Juristen ohne faschistische Vergangenheit, mit antifaschistischem Hintergrund hat im Einzelfall zu Formfehlern und auch zu nach heutigen Maßstäben nicht immer angemessenen Urteilen geführt, aber z. B. die Waldheimer Prozesse insgesamt als verbrecherisch und die juristische Praxis in der frühen BRD gleichzeitig als rechtsstaatlich

hinzustellen – das ist sicherlich ein mindestens fragwürdiger Ansatz.

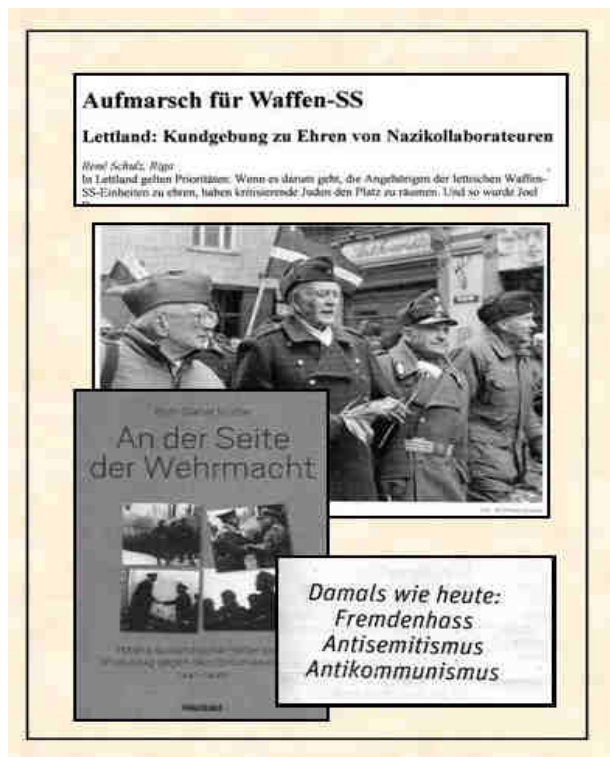


In diesem Zusammenhang möchte ich noch auf ein kleines persönliches Erlebnis verweisen: Im Rahmen der Teilnahme unserer Familie an den Feierlichkeiten zum **70. Jahrestag der Befreiung des KZ Buchenwald** habe ich mir auch die Ausstellung zum sowjetischen Sonderlager auf dem Gelände angesehen, von dem ja regelmäßig behauptet wird, es hätte die KZ-Geschichte auf dem Ettersberg unter anderen Vorzeichen quasi fortgeschrieben und viele Unschuldige seien dort festgehalten worden. Im Ausstellungsgelände werden u. a. einige Einzelschicksale bzw. Biografien von Lagerinsassen ausführlicher vorgestellt: Die Verstrickung dieser Menschen in das faschistische System war naturgemäß graduell sehr unterschiedlich, aber ich habe nicht ein einziges Beispiel gefunden, bei dem man hätte sagen können, der Betreffende sei zu unrecht inhaftiert worden – so, wie das ja zuweilen suggeriert wurde und wird.

Eine Tendenz zur Relativierung der Naziverbrechen wurde jedenfalls in der Alt-BRD schon rein personell begründet, und mit ihren Ausläufern haben wir es bis zum heutigen Tage zu tun.

Als zweites Beispiel sei auf die 2010 erschienene Veröffentlichung der durch den Bundesaußenminister in Auftrag gegebenen **Studie „Das AA und die Vergangenheit. Deutsche Diplomaten im Dritten Reich und in der Bundesrepublik“** verwiesen: Hier wird der über lange Jahre unternommene Versuch, das AA als einen „Ort inhaltenden Widerstands“ zu glorifizieren, ad absurdum geführt. Es wird vielmehr nachgewiesen, dass die Mehrheit der Diplomaten keine Helden, sondern in unterschiedlichem Maße in die Verbrechen des

Faschismus verstrickte Personen waren. Und eben diese Personen spielten im Auswärtigen Dienst der frühen BRD erneut eine herausragende Rolle.



Nicht zuletzt vor diesem Hintergrund ist auch das internationale Agieren unseres Landes in Teilen wenig geeignet, ein überzeugendes Bekenntnis zum Bruch mit der faschistischen Vergangenheit abzugeben:

Als jemand, der bis zum heutigen Tage viel in osteuropäischen Ländern unterwegs ist, drängen sich mir unter Anderem folgende Beispiele auf:

Der jährlich offiziell stattfindende „Tag der Legionäre“ für die ehemaligen Angehörigen der lettischen SS-Division, gegen dessen Durchführung von offizieller deutscher Seite nach meiner Kenntnis noch nie etwas unternommen wurde – allerdings erhalten die Veteranen dieser faschistischen Vereinigung, wie auch andere faschistische Schergen aus dem Baltikum, Versorgungsbezüge aus Deutschland

Die Begründung des **Kosovo-Krieges** u. a. mit dem sog. „Hufeisenplan“ der serbischen Regierung, den **der seinerzeitige deutsche Außenminister J. Fischer** allen Ernstes mit Auschwitz verglichen und damit letztlich den Holocaust relativiert hat. Dabei gab es diesen "Hufeisenplan" überhaupt nicht, er war ein Propagandaprodukt von Scharping.



Die Politik gegenüber der **Ukraine: Die deutsche Politik** richtet sich vor allem auf die Desintegration des postsowjetischen Raumes; Kritik am Bandera-Kult, an latentem Antisemitismus, an Volksverhetzung in verschiedenen Ausprägungen, die dort virulent sind, sucht man vergeblich.

Am allerschlimmsten, auch für mich persönlich, der ich dieses Land und viele seiner Bewohner seit Jahrzehnten sehr gut kenne, ist aber die **Politik gegenüber Russland**: Es handelt sich ja um nicht mehr und nicht weniger als um den legitimen Nachfolger desjenigen Landes, das den mit Abstand höchsten Blutzoll für die Befreiung Europas vom Faschismus erbracht und die mit Abstand schwersten Lasten in diesem Kampf getragen hat. Schon von daher ist aus meiner Sicht ein auf Dauer angelegtes besonderes Verhältnis zu Russland von deutscher Seite begründet, das durch keinerlei tagespolitische Ereignisse und Entwicklungen erschüttert werden dürfte.

Was wir aber derzeit erleben, ist nicht nur die aktive Beteiligung an der Verschärfung von Sanktionen – sogar gegen eigene wirtschaftliche Interessen - , sondern auch insgesamt an der Zuspitzung des Verhältnisses des Westens zu Russland.



Ich verweise nur auf die aktuell stattfindende **Verlegung deutscher Truppen nach Litauen.**

Unsere **Bundeskanzlerin** hielt es auch für opportun, zu den Feierlichkeiten anlässlich des 70. Jahrestages des Sieges über den Hitlerfaschismus mit einem Tag Verspätung anzureisen und bei ihrem Auftritt in Moskau zu einem solchen Anlass von der „verbrecherischen Annexion der Krim“ durch Russland zu sprechen. Zum Dritten sei – gerade vor dem Hintergrund der **bisweilen hysterisch geführten MfS-Debatte** – darauf verwiesen, dass der Gründer des BND ein faschistischer Geheimdienstgeneral war. Mehr ist zu diesem Thema eigentlich nicht zu sagen.



Insgesamt wünschte man sich mitunter wenigstens einen Teil des Eifers, mit dem die DDR-Vergangenheit beinahe täglich medial „bewältigt“ wird, auch für den Umgang mit dem faschistischen Erbe. Schon der Begriff „Zweite deutsche Diktatur“ ist nicht nur die schwererträgliche Gleichsetzung eines Landes, das keine Völkermorde begangen und dessen Armee niemals die eigenen

Grenzen überschritten hat, mit dem faschistischen Deutschland, sondern auch eine Beleidigung der Opfer des Nationalsozialismus.




Vergessen die vom Romani Rose, dem Vorsitzenden des Zentralrates der Sinti und Roma in Deutschland, vor dem Sächsischen Landtag am 27. Januar 2008 ausgesprochene Mahnung:

„Vor allem muss es eine klare Trennlinie geben zwischen der persönlichen Verstrickung in NS-Verbrechen und den wirklichen Opfern stalinistischen Unrechts.“

Eine solche strikte Unterscheidung ist in der Vergangenheit auch in Sachsen nicht immer eingehalten worden. Diese erinnerungspolitischen Defizite sind angesichts der Gefahren des organisierten Rechtsextremismus das falsche politische Signal.“

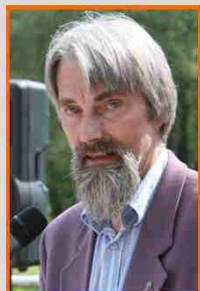
Es ist auf der Grundlage der sogenannten „Totalitarismustheorie“ über viele Jahre gängige Praxis geworden, dass man „Links-„ und Rechtsextremismus faktisch gleichsetzt, dass man unterstellt, sie trafen sich ja an den Enden der politischen Skala. **Vor allem Sachsen spielt hier unter den Bundesländern eine besonders unrühmliche Rolle.** In diesen Kontext ordnen sich auch die Probleme ein, die die VVN-BdA Sachsen mit der **Stiftung Sächsische Gedenkstätten** hat, nämlich in der Einschätzung, dass in sächsischen Gedenkstätten die Zeit vor 1945 nicht angemessen berücksichtigt, die nach 1945 aber einseitig stark betont würde. Und es verwundert auch nicht, dass der NSU über Jahre unbehelligt seine Basis gerade in Sachsen haben konnte und dass es in jüngster Zeit gerade in unserem Bundesland zu einer besonderen Häufung rechtsextremer Gewalttaten gekommen ist.



„Ja, es stimmt: Sachsen hat ein Problem mit Rechtsextremismus, und es ist größer als viele- ich sage es ehrlich: auch ich –wahrhaben wollten“, bekannte Sachsens Ministerpräsident Stanislaw Tillich vor dem Landtag am 28. 2. 2016.

Leider bedurfte es erst einer Reihe gewaltsamer Übergriffe von Neofaschisten, einer Eskalation rechtsextremer Gewalt, bis man auch in Sachsen zu einer gewissen Versachlichung der Rechtsextremismus-Debatte gekommen ist.

So musste angesichts der aktuellen Ereignisse sogar der Ministerpräsident, Herr Tillich, im vorigen Jahr einräumen, das Problem der rechtsextremen Gewalt sei in Sachsen jahrelang unterschätzt worden.



Dr. Ulrich Schneider: Zeiten ändern sich, Ziele bleiben

(Aus VVN-BdA Landesvorstand Sachsen / Bundessprecher der VVN-BdA Dr. Schneider in NIE WIEDER FASCHISMUS! NIE WIEDER KRIEG! 70 JAHRE VVN-BdA in Sachsen)

Der Kalte Krieg ging nicht ohne massive Einschnitte an der VVN vorüber. In der BRD wurde die VVN als gesamtdeutsche Organisation wegen ihrer Kontakte zur DDR verfolgt, der gesamtdeutsche Rat mit Sitz in Frankfurt am Main von der Adenauer-Administration aufgelöst und polizeilich geschlossen. Gegen mehrere Landesverbände wurden Verbotverfahren durchgesetzt.

Als jedoch die Bundesregierung Anfang der 1960er Jahre in einem Prozess versuchte, die VVN verbieten zu lassen, scheiterte sie. KZ-Überlebende machten öffentlich, dass der Vorsitzende Richter ein ehemaliger Nazi war. Das Scheitern des perfiden Verbotversuches verdankte sich aber auch der breiten politischen Solidarität mit der VVN im In- und Ausland, insbesondere von der Internationalen Föderation der Widerstandskämpfer (FIR).

Nach 70 Jahren findet man nur noch wenige Zeitzeugen in der VVN. Aber die politischen Aufgaben, für die die VVN vor 70 Jahren angetreten ist, sind - in modifizierter Form - so aktuell wie damals. Immer noch geht es um den Kampf gegen das Wiederaufleben des Nazismus, gegen Rassismus und Rechtspopulismus, um die Bewahrung der Erinnerung an den antifaschistischen Kampf, um Demokratie und Frieden. Dabei bleibt das Vermächtnis der Überlebenden von Buchenwald - »Vernichtung des Nazismus mit seinen Wurzeln, Schaffung einer neuen Welt des Friedens und der Freiheit« - weiterhin das gemeinsame Fundament aller Mitglieder der VVN-BdA.

Und nun wieder die Gegenwart

Verfassungsrichter: NPD ist zu unbedeutend für ein Verbot



»Tragischer Tag für die Demokratie«

Reaktionen auf das gescheiterte NPD-Verbot

Berlin. Die Karlsruher Verfas-

sungsrichter
Schlusspunkt
NPD-Verbot
bleibt erlän-
dende Reak-
Die ste-
tionsvorsit-
te den R

Süddeutsche Zeitung /
Kommentar von Heribert Prantl

Bundesverfassungsgericht Das NPD-Urteil ist bedauerlich falsch

Die rechtsextreme Partei hätte verboten werden müssen - nicht obwohl sie derzeit sehr klein und bei Wahlen unbedeutend ist, sondern gerade deswegen.

Versagt vor der Geschichte – Zum NPD-Verbotsurteil

Cornelia Kerth / VVN-BdA

Neue Schwerpunktsetzung

Do | 27.04.2017 | 10:00-19:30
Sitzungssaal Chemnitz

Weißer Alptraum

Freie Presse 20.4.2017

Wurden Insassen von Stasi-Knästen vorsätzlich schädlicher Strahlung ausgesetzt? Seit dem Jahr 2000 hat es keine wissenschaftliche Untersuchung dazu mehr gegeben. Trotz mutmaßlicher Opfer und offener Fragen.

Für wen? Gegen wen? Bilder mit Herzenspartnern? - Wir erinnern uns...



Mit seinem großen Herzen für die Freiheit ist unser Bundespräsident kürzlich zur Feier von »Ein Jahr Maidan« nach Kiew gereist und hat sich zünftig - »Je suis Maidan« - mit Führern faschistischer Milizen, alten Bandera-Terroristen, dem Schokoladenpräsidenten, dem Boxer von der Konrad-Adenauer-Stiftung und mit Julia »die-Bandscheibe« Timoschenko untergehakt.

Eulenspiegel 4/15



Steinmeier



Merkel



Maas



Räuberpistolen



Arkadi Babtschenko (r.) war gerade noch für tot erklärt, dann tauchte er bei einer Pressekonferenz mit SBU-Chef Wassili Grizak auf. FOTO: EFRIM LUKATSKY/DPA

Schmierenskomödie in Kiew

Roland Etzel zur antirussischen Mordinszenierung in der Ukraine

Beweise für eine behauptete schwere Straftat zu erbringen - das scheint wohl eine Mühe zu sein, derer man sich nicht mehr unterziehen muss. Jedenfalls nicht, wenn man Russland eins überbraten möchte. Die britische Regierung hat's mit dem Fall Skripal vorexerziert und in ihrem Sinne Erfolg gehabt. Viele haben in der Politshow bereitwillig mitgespielt, auch die Bundesregierung, und damit auch zur Nachahmung inspiriert.

Dass das zuerst in Kiew passierte, kann beim dort grassierenden notorischen Russenhass niemanden wundern. Poroschenkos Geheimdienst hat aber das Londoner Drehbuch nicht nur dankbar aufgegriffen, sondern, wie man seit Mittwoch weiß, noch eins draufgesetzt. Auch in puncto Dreistigkeit. So hielt Poroschenko auch den deutschen Staatsgast Steinmeier mit der Mär vom Mord zum Narren und lachte sich wohl ins Fäustchen, als dieser die »brutale Tat auf schärfste« verurteilte. Dass Steinmeier danach gegenüber Kiew dennoch gute Miene zum makabren Spiel machte, kann seine Reputation in der Welt kaum verbessert haben.

Die vom ukrainischen Staat inszenierte Schmierenskomödie mit dem vermeintlich ermordeten Journalisten soll Russland schaden. Ob sie das tut steht dahin. Geschadet hat sie auf jeden Fall unerschrockenen Medienleuten in aller Welt, die tatsächlich und jeden Tag in Lebensgefahr sind. (Aus nd 1.6.2018)